

**Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der
Familienverbände
zur Landtagswahl 2011**

Themenbereich Bildung

1. Bildung in Kindertageseinrichtungen

Zu 1.1

Sind Sie der Meinung, dass ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagskita-Platz für alle ab dem ersten Lebensjahr gerechtfertigt ist?

Ja, denn wir wollen, den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten. Eltern sollen wählen können, wie sie ihr Leben gestalten.

Zu 1.2

Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?

Über die bundesgesetzlich vorgesehene finanzielle Anerkennung hinaus ist seitens des Landes eine weitere finanzielle Anerkennung weder geplant noch beabsichtigt, dies umso mehr, als dies aufgrund der finanziellen Lage des Landes nicht finanzierbar wäre.

Zu 1.3

Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?

Das Bildungsprogramm muss und wird kontinuierlich weiter entwickelt werden. Bereits heute ist dieses verbindlich von allen Kindertageseinrichtungen umzusetzen.

Zu 1.4

Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?

Pädagogische Fachkräfte sollten grundsätzlich über eine Erzieherinnenausbildung verfügen.

2. Bildung in der Schule

Zu 2.1

Wie sollte ein modernes Schulwesen ihrer Meinung nach aussehen?

Ein modernes Schulwesen sollte nach Auffassung der CDU die anerkannten wissenschaftlichen Erkenntnisse der Bildungsforschung aufgreifen und in die Inhalte von Schule in ihren unterschiedlichen Formen wie Grundschule, Sekundarschule, Gymnasium, Förderschule oder Berufsbildende Schule aufnehmen. Die CDU spricht sich also klar für den Erhalt des differenzierten Schulwesens, das sich - wie wissenschaftliche Studien belegen - seit 1990 bewährt hat, aus. Reformen sollten nur im System, aber nicht am System vorgenommen werden.

Zu 2.2

Wie wollen Sie den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?

Unser Schulwesen, unsere Schulen müssen nicht zu sozialen Bildungs- und Lernzentren umgebaut werden. Sie sind es! Die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ist am besten in den jeweiligen Schulformen des differenzierten Schulwesens gewährleistet. Sie wollen wir weiter ausbauen, um so den gleichen Ausgangschancen für alle Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden.

3. Förderung von Familienbildung / Elternarbeit

Zu 3.1

Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?

Zu 3.2

Wie sehen Sie künftig die Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?

Zu 3.3

In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?

Zu 3.4

Wie stehen Sie zum Aufbau von Familienzentren mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?

Zu 3.5

Wie sehen Sie in Zukunft die Rolle präventiver Beratungsangebote für Familien im Kontext der Neustrukturierung der Beratungslandschaft?

Zu 3.6

Werden Sie sich für die Stärkung des Themas „Familienbildung“ im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung des Landes einsetzen?

Zu 3.7

Wie sehen Sie zukünftig die Rolle des Landesbündnisses für Familien Sachsen-Anhalt?

Da die vorstehend aufgeführten Fragen im unmittelbaren Zusammenhang stehen, werden diese auch zusammenhängend beantwortet.

Wir machen uns stark für eine Politik, die Mütter und Väter unterstützt. Dabei hat sich das Landesbündnis für Familien bewährt. In Familienkompetenzzentren müssen zunehmend Familienbegegnungsmaßnahmen mit Bildungsangeboten einhergehen. So kann Familienleben erlernt oder neu entdeckt werden. Bei der Stärkung von Erziehungskompetenzen sind die lokalen Partner mit einzubeziehen. Entsprechende Netzwerke sind zu stärken und weiter auszubauen.

Wir wollen Maßnahmen unterstützen, die der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Aufgaben wie bürgerschaftlichen Interessen dienen. Dazu gehören der Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Förderung von Strukturen, die Familien bei der Pflege von Angehörigen unterstützen. Wir setzen uns für eine Entscheidungsfreiheit ein, in welchem Umfang Eltern - insbesondere in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder - selbst für deren Betreuung und Erziehung verantwortlich sein wollen; Entscheidungsfreiheit setzt Optionsvielfalt voraus, wie ausreichende Transferleistungen, um auch Modelle der Eigenvorsorge für Kinder zu ermöglichen.

Wir wollen uns für einen konsequenten und flächendeckenden Ausbau von Familienzentren einsetzen. Hier sollen Familien entsprechend ihrer Lebenslagen durch Vernetzung bereits bestehender, aber nicht koordinierter Angebote, freier und öffentlicher Träger Beratung, Hilfe zur Selbsthilfe, Kontaktbörsen, Präventions- und Unterstützungsangebote unter einem Dach finden. Die Zentren sollen räumlich und zeitlich an Kindertageseinrichtungen und Schulen angebunden sein. Vor Ort sollen Sozialarbeiter, Psychologen, Pädagogen, Logopäden, Ergotherapeuten, Mediziner etc. stundenweise zu vereinbarenden Zeiten anwesend sein und für Therapien, Gespräche oder Hilfen den Eltern zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Umsetzung des KiTa-Rahmenprogramms wollen wir die finanziellen und personellen Möglichkeiten schaffen, um z.B. die Elternarbeit entsprechend realisieren zu können.

Elternbildung hat für die CDU Sachsen-Anhalt einen sehr hohen Stellenwert. Erstrebenswert ist dabei aus unserer Sicht eine stärkere Vernetzung der Angebote der Familienbildungsstätten, der Kindertageseinrichtungen sowie der Familienberatungsstellen.

Themenbereich Demographie

Zu 4.1

Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen oder ausbauen, um selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen (insbesondere im ländlichen Raum)?

Zu 4.2

Wie wollen Sie erreichen, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und jüngeren Familien in einer älter werdenden Gesellschaft ausreichend Berücksichtigung finden?

Zu 4.3

Wie wollen Sie Menschen motivieren, in Sachsen-Anhalt zu leben und Familien zu gründen?

Da die vorstehend aufgeführten Fragen im unmittelbaren Zusammenhang stehen, werden diese auch zusammenhängend beantwortet.

Sachsen-Anhalt ist ein Land, in dem alle Menschen die gleichen Lebenschancen haben. Egal, ob sie in den großen Städten oder im ländlichen Raum zuhause sind. Deshalb setzt sich die CDU auch künftig für eine am Wohl der Bürger orientierte Politik ein. Deshalb brauchen wir eine ausgewogene Landesentwicklung, starke Zentrale Orte und eine intelligente Mobilität, die es den Menschen ermöglicht, Leistungen der Daseinsvorsorge in angemessener Zeit zu erreichen.

Im Rahmen der Strategie einer „dezentralen Bündelung“ staatlicher Ressourcen sollen die Grund-, Mittel- und Oberzentren gestärkt werden. Alle Standortentscheidungen sowie Investitionen der öffentlichen Hand sollen sich am Grundprinzip einer räumlichen Bündelung von Versorgungseinrichtungen orientieren. Unsere vielen Städte sind das Rückgrat dieser notwendigen räumlichen Bündelung. Für die Mittel- und Grundzentren ist eine abgestimmte Förderstrategie des Landes erforderlich, um die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung in den Städten und umliegenden Gemeinden auf einem hohen Qualitätsniveau zu sichern. Unsere Oberzentren sind darüber hinaus als starke Motoren der Umlandentwicklung zu fördern. Sie prägen die überregionale Wahrnehmung unseres Landes besonders. Mit der Etablierung der Metropolregion Mitteldeutschland soll die europaweite Wahrnehmung unserer Ballungsräume verstärkt und aufgewertet werden.

Wir wollen die Eigeninitiative unserer Bürger fördern. Wo beispielsweise in nicht versorgten Ortschaften Dienstleistungen und Lebensmittelverkauf unter dem Dach eines Dorfladens tragfähig organisiert werden, wollen wir dies unterstützen. Was an notwendiger Versorgung nicht mehr vor Ort vorgehalten wird, soll über mobile Dienste zu den Menschen gelangen. Wo dies nicht gelingt, wollen wir die Mobilität der Menschen durch flexible Bedien- und Angebotsformen verbessern. Dazu gehören auch Dienstleistungsverkehre wie Einkaufsbusse.

Die CDU will differenzierte Entwicklungsstrategien und macht dem Bürger keine unerfüllbaren Versprechungen. Dabei bekennen wir uns zu einer regionalisierten Strukturpolitik, bei der Vorgaben kreisübergreifend in einer Regionalplanung gebündelt werden.

Die landespolitischen Ansätze eines „Demografie-TÜV“ gilt es weiterzuentwickeln. Die CDU will bei politischen Entscheidungen die systematische Berücksichtigung demografischer Gesichtspunkte.

Politisch erfolgreich ist nicht, wer den Wandel stoppen kann, sondern wer ihn positiv gestaltet. Der Strukturwandel ist keine vorübergehende Aufgabe und er umfasst alle Politikfelder. Die CDU strebt Profilierung durch Vorreiterschaft an. Mit diesem zukunftsbejahenden Grundsatz stellen wir uns in der Landesentwicklungspolitik der Daueraufgabe Strukturwandel. Dabei richten wir unsere demografischen Konzepte auf eine höhere Wirtschaftskraft, eine steigende Geburtenrate sowie die weitere Verbesserung der Attraktivität unserer Städte als Ankerpunkte zur Stabilisierung des ländlichen Raumes und zur Verbesserung der Lebensqualität aus.

Die CDU strebt eine aktive Mitarbeit des Landes an der Erarbeitung einer Demografiestrategie auf Bundesebene bis 2012 an. Wir wollen, dass der Umgang mit dem Demografischen Wandel in Sachsen-Anhalt zu einem positiven Modernisierungsschub beiträgt. Dort, wo Altes nicht mehr tragfähig ist, sollen neues Handeln und neue Dynamik organisiert werden. Bereiche, wie beispielsweise dezentrale Energieversorgung, Kreislaufwirtschaft, Bildung, Mobilität, Gesundheitswirtschaft und soziale Aktivierung, eröffnen neue Potenziale. Diese Erneuerung trägt zur Wertschöpfung und Heimatbindung gleichermaßen bei. Die dezentrale Teilhabe unserer Menschen am Arbeitsleben und gesellschaftlichen Aktivitäten ist durch das digitale Zeitalter in einer neuen Dimension möglich. Der Zugang zu elektronischen Medien und schnellem Internet modernisiert nicht nur unser Leben, sondern wird zum elementaren Bestandteil örtlicher Infrastruktur – und wirkt sich somit auch auf die Anforderungen an Landesentwicklungspolitik aus. Die Versorgung aller Bürger mit schnellem Internet hat große Fortschritte gemacht. Sie bleibt unser Ziel.

Sachsen-Anhalt hat neben hohen Abwanderungszahlen auch eine erhebliche Zuwanderung zu verzeichnen. Etwa die Hälfte der Zuwanderer hat schon einmal in Sachsen-Anhalt gelebt und damit Wurzeln im Land. Frühere Sachsen-Anhalter gilt es zu gewinnen, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Daneben gibt es Ältere, die nach einem erfüllten Arbeitsleben in Deutschland oder im Ausland nun ihren Ruhestand in landschaftlich und kulturell reizvollen Regionen verbringen möchten. Das bringt Menschen mit Erfahrung und festem Einkommen ins Land und stabilisiert damit vorhandene Infrastrukturen. Insbesondere gegenüber niederlassungswilligen EU-Bürgern sind Sachsen-Anhalts Vorzüge gezielt

anzusprechen. Zuwanderung kann darüber hinaus vor allem über attraktive Hochschulen gelingen.

Im Sinne einer positiven Entwicklung unseres Landes wollen wir alle Ansätze nutzen, die Städte, Gemeinden und Landkreise des Landes kinder- und jugendfreundlicher zu gestalten. Sämtliche öffentlichen Dienstleistungen und Angebote sowie die städtische Entwicklung sind unter diesem Blickwinkel zu überprüfen. Wenn Bebauung zurückgeht, können Freiräume und Erholungsflächen das Gebiet für Kinder und junge Familien attraktiver machen.

Die CDU hält an einer ausgewogenen Landesentwicklung und vergleichbaren Lebensverhältnissen in allen Landesteilen fest. Dafür sind die wichtigsten Dienstleistungen in einer zumutbaren Wegezeit zu sichern. Differenzierte Entwicklungen darüber hinaus wird es auch weiterhin geben. Unterschiede in den Regionen tragen zu einer produktiven Vielfalt des Landes bei, solange der Erhalt des genannten Grundkonsenses gesichert bleibt.

Wir wollen weiterhin der Abwanderung junger Menschen, insbesondere gut ausgebildeter junger Frauen, entgegenwirken. Dazu bedarf es eines ausreichenden und attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes. Berufliche Interessen und Orientierungen sollen frühzeitig in der Schule in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit angesprochen und durch Schülerpraktika begleitet werden.

Themenbereich Armut und Teilhabe

Zu 5.1

Was werden Sie tun, um die Lebenssituation insbesondere der armen Familien im Land und ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern?

Primäres Ziel muss es sein, Eltern in Arbeitsverhältnisse zu vermitteln, um diese dauerhaft in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Besondere Programme wie etwa zur Integration von Alleinerziehenden in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt sind dabei integraler Bestandteil.

Wir halten den Besuch einer Kindertagesstätte für ein sehr sinnvolles Mittel zur Armutsprävention, allerdings ist dafür aus unserer Sicht nicht zwangsläufig eine ganztägige Betreuung zwingend erforderlich. Aus vielen Besuchen von Kindertagesstätten ist bekannt, dass Bildungsangebote in der Regel, um nicht zu sagen ausschließlich, in den Vormittagsstunden angeboten werden, während die Betreuung in den Nachmittagsstunden eher durch freies Spielen geprägt ist. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Kindern im Kindergartenalter findet nach unserer Auffassung nicht nur

in Kindertagesstätten statt. Es wäre überaus bedauerlich, wenn zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht auch sportliche sowie musikalische Aktivitäten (um nur zwei Beispiele zu nennen) außerhalb von Kindertagesstätten gehören würden.

Unabhängig davon sieht das Kinderfördergesetz unseres Landes für Kinder, die im Rahmen des § 3 a KiFöG einen zusätzlichen Bedarf im Rahmen der Erziehungs- und Familienhilfe haben, eine Ganztagsbetreuung vor.

Bei einer Zunahme von Kindern aus Problemfamilien mit bildungsfernem Hintergrund sind besondere Anstrengungen bei der Prävention und bei der frühzeitigen Stärkung der Eigenverantwortung erforderlich. Wir wollen jungen Menschen aus allen Bildungsstufen ein Höchstmaß an Chancengleichheit ermöglichen. Dazu brauchen wir mehr denn je eine aktive kooperierende Jugend-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die Wirtschaft und die politischen Ebenen in Land und Kommunen herausfordert, gemeinsam für Bildung und Ausbildung junger Menschen die Verantwortung zu tragen, beispielsweise durch Ausbildungspaten, Praktikums- und Ausbildungsplätze vor allem für benachteiligte Jugendliche. Dabei sind das Wissen und die Fähigkeiten der älteren Menschen als Lebensexperten einzubinden, auch in die Beratung von Kommunen und Unternehmen.

Durch Modellprojekte wollen wir Jugendliche beim Übergang von Ausbildung in Beruf besser unterstützen sowie behindernde Schnittstellen zwischen Jugendhilfe und anderen Hilfesystemen wie SGB II, SGB III, SGB XII abbauen.

Wir setzen uns weiterhin für die Förderung eines an den verschiedenen Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientierten Angebots von Verbänden der Kinder- und Jugendhilfe ein. Um einem Wunsch- und Wahlrecht der Kinder und Jugendlichen im Sinne der Partizipation Rechnung zu tragen, müssen Sozialraumplanung und Jugendhilfe Hand in Hand gehen.

Zu 5.2

Wie werden Sie die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschance vorantreiben?

Wir unterstützen die gezielte Förderung von Schulkindern, um sie zu qualifizierten Schulabschlüssen zu führen. Was möglich ist, ist eine gezielte Förderung von Schulkindern, die erkennbare Leistungsdefizite haben, um sie zu einem Abschluss zu führen. Dies kann und muss noch weiter ausgebaut werden. Diese Förderung muss aber auch den Leistungsträgern in einer Klasse zuteilwerden. Die CDU ist der Auffassung, dass die Differenzierung unseres auf Leistung orientierten Schulwesens die beste Gewähr bietet, um jedes Kind in der für es geeigneten Schulform zu

fördern. Wenn 40% eines Jahrgangs - oder noch mehr - mittlerweile das Gymnasium besuchen, kann es mit der „sozialen Selektion“ nicht so weit her sein. Nachweislich gehen verstärkt auch Kinder aus sozial schwachen Familien auf die Gymnasien. Dazu können die jetzt geplanten Bildungsgutscheine beitragen. Entscheidend für einen bestimmten Schulbesuch aber ist und bleibt die individuelle Leistung – nichts anderes.

Zu 5.3

Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

Mobilität für sozial schwächere und ältere Mitbürger ist uns als CDU sehr wichtig. Deswegen haben wir das ÖPNV-Gesetz novelliert und stellen einen zweistelligen Millionenbetrag zur Rabattierung von Zeitfahrausweisen zur Verfügung. Gemeinsam mit dem Netz der landesbedeutsamen Linien sichert dies die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum. Wir wollen mobile Dienstleister in ihrer Eigeninitiative stärken und so flexible Bedien- und Angebotsformen weiter verbessern. Dieses Konzept umfasst insbesondere sogenannte Dienstleistungsverkehre wie Einkaufsbusse.

Zu 5.4

Was halten Sie von einer kostenfreien Mittagsversorgung in Kita und Schule?

In Schulen und Kitas, die Mittagessen anbieten, berichten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter häufig von schwierigen Situationen, wenn Kinder nicht am gemeinsamen Essen teilnehmen, weil ihnen die finanziellen Mittel dafür fehlen. Für die Kinder sind diese Erfahrungen extrem verletzend, gerade auch, weil ihnen so ein Teil Gemeinschaftsgefühl vorenthalten blieb. Mit dem Bildungspaket, wie es im Zuge der Novellierung des SGB II mit dem Bildungspaket, den neu berechneten Regelleistungen für Erwachsene und Kinder sowie dem neuen Fortschreibungsmechanismus konzipiert ist, erhalten Eltern hilfebedürftiger Kinder zukünftig einen Zuschuss zum Mittagessen in der KiTa oder in der Schule, wenn der jeweilige Träger ein solches Essen anbietet. Eine hierüber hinausgehende finanzielle Leistung ist seitens des Landes derzeit weder geplant noch beabsichtigt, dies umso mehr, als dies aufgrund der finanziellen Lage des Landes nicht finanzierbar wäre.